

Schwerpunkt: Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen

Auf dem Weg zur Familienstadt

Frankfurt investiert in ganzheitliche Bildung und Betreuung – Eigenbetrieb Kindergärten gegründet

Frankfurt am Main meint es ernst damit, Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Eine halbe Milliarde Euro investiert die Stadt 2008 bis 2012 in Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Bildungsangebote für Kinder. Diese Summe stemmt die Stadt ohne die Mittel aus dem Konjunkturpaket II – mit der Förderung wird sie ihre Investitionen zusätzlich ausweiten.

Von Uwe Becker

Im Bundesvergleich weist Frankfurt am Main eine hohe Geburtenrate auf, einen hohen Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund und eine überdurchschnittliche Arbeitsplatzdichte. Daraus erschließt sich das Selbstverständnis einer wachsenden Metropole, die Bedürfnisse der mehr als 60.000 Frankfurter Familien ernst zu nehmen. Die Stadt will ihnen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern und Zukunftschancen ermöglichen. Nicht erst die aktuellen Konjunktur-

der Kindertagespflege werden jährlich 50 neue Plätze zusätzlich geschaffen. Neben den neuen Plätzen aus Neu- und Erweiterungsbauten der Stadt sind jährlich 400 zusätzliche Plätze in Kindergärten und Horten geplant. Zudem werden viele Einrichtungen längere Öffnungszeiten einführen. Dies alles gewährleistet eine flexible Betreuung.

Betreuung aus einer Hand

Heute bedeutet Betreuung nicht mehr nur Unterbringung, sondern frühkindliche Bildung und Erziehung. Dazu müssen Kommunen ein entsprechend qualitatives Umfeld einrichten. Die Stadt Frankfurt stellt 167 zusätzliche Erzieher in den städtischen Einrichtungen ein und setzt so die neue Personalbemessung mit zwei Erzieherinnen pro Gruppe bis 2010 um. Für die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen erhöht sie analog den Zuschuss. Zudem fördert sie Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Familienbildungsstätten sowie den Aufbau eines

tegrierten Gesamtschulen gewährleistet. Unter dem Ziel, kein Kind zurückzulassen, findet gerade auch das Zusammenwirken von Schule und Sozialarbeit einen immer größeren Raum. Die Entwicklung der Betreuungs- und Nachmittagsangebote, für die derzeit 5 Millionen Euro aufgewendet werden, zeigt zudem klar den Trend hin zu einem Ausbau der Ganztagschule. 300 neue Plätze gibt es in diesem Jahr für die erweiterte Betreuung an Schulen. Die zeitliche Ausweitung bietet neben einer Entlastung der Eltern die Gelegenheit, bildungsnahe sozialpädagogische Angebote gezielt zu etablieren und Schüler individuell zu fördern. Dabei liegt ein Schwerpunkt an Haupt- und Berufsschulen, um Inhalte praxisnah und in Kooperation mit Betrieben zu vermitteln und so die Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Hierfür zahlt die Stadt 2009 etwa 6,6 Millionen Euro.

„Das Thema Kinderbetreuung ist einer der Schwerpunkte des städtischen Haushaltes.“

Attraktives Spielumfeld

Mit der Entwicklung zur Ganztagschule verbunden ist auch das Angebot eines warmen Mittagessens, das bezahlbar ist. Hier gilt ein Höchstbetrag von 3 Euro pro Essen bzw. 1 Euro für Schüler aus einkommensschwachen Familien. Die Aufwendungen hierfür steigen im Finanzplanungszeit-

raum von 1,39 Millionen Euro auf 1,89 Millionen Euro. Das Essen in Freizeiteinrichtungen und Vereinen wird ab 2009 mit 400.000 Euro unterstützt.

Kinder brauchen ein attraktives Lern- und Spielumfeld, eine moderne Ausstattung und Möglichkeiten zur Bewegung. Frankfurt investiert in diesem Jahr 103,6 Millionen Euro in Kinderkrippen, -gärten und Schulen. Zusätzlich stehen mit dem Ende des Interimsbetriebes 2009 vier moderne Schulen zur Verfügung, die im Rahmen einer PPP gebaut, saniert und für die

nächsten 20 Jahre betrieben werden. Der Aufwand beträgt mit dem Beginn des Schulbetriebs in den neuen Gebäuden 9,1 Millionen Euro und ab

2010 jährlich rund 13 Millionen Euro. Zusätzlich werden allein 2009 für die EDV-Ausstattung dieser Schulen 2,42 Millionen Euro investiert.

Alle bildungspolitischen Maßnahmen zusammengefasst, steigt der Zuschussbedarf im Ergebnishaushalt von 328,96 Millionen Euro auf 457,94 Millionen Euro – das sind 25 Prozent des Zuschussbedarfes in 2012. Im Finanzhaushalt addiert, investiert Frankfurt von 2008 bis 2012 mehr als eine halbe Milliarde Euro nachhaltig in familienfreundliche Rahmenbedingungen bei Betreuung und Bildung.

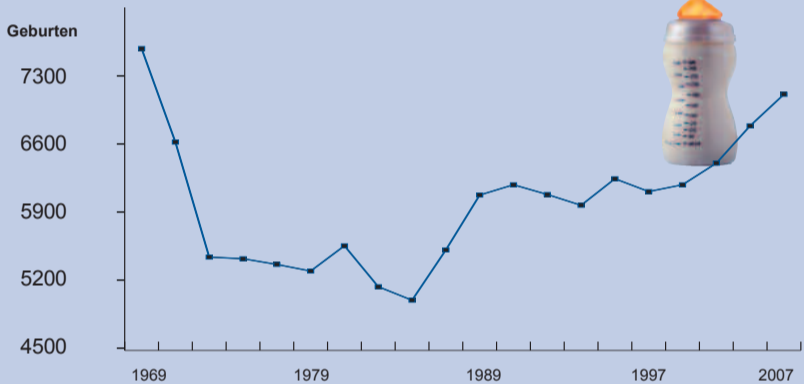


Die städtische Kita Hundertwasser bietet in Frankfurt etwa 60 Kindergarten- und 40 Hortplätze an. Friedensreich Hundertwasser erarbeitete den künstlerischen Entwurf für das Gebäude.

Ihr Engagement wird die Mainmetropole mit den Konjunkturprogrammen des Landes Hessen und des Bundes noch ausweiten. Das Konjunkturprogramm II ermöglicht durch unbürokratische Verfahren und zeitlich befristete gelockerte Vergaberegeln zügig und effektiv zusätzliche Investitionen in unser Betreuungs- und Bildungssystem. Auf dem Weg zu der Familienstadt in Deutschland sind diese Mittel ein wichtiger Beitrag für Frankfurt am Main.

Uwe Becker ist Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main. uwe.becker@stadt-frankfurt.de

Geburtenrate in Frankfurt 1969 bis 2007



Grafik: Der Neue Kämmerer

Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt

Wie im Rest der Bundesrepublik Deutschland sank auch in Frankfurt a.M. die Geburtenzahl im Zuge des sogenannten Pillenknicks Ende der 60er Jahre beständig. Doch seit den 80er Jahren setzt sich Frankfurt deutlich vom Bundestrend ab und verzeichnet steigende Geburtenraten. 2006 erreichte die Geburtenzahl in Deutschland mit nur 673.000 Geburten den niedrigsten Stand seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Frankfurt erzielte hingegen ein neues Hoch.

programme zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage lassen die Bedeutung von Betreuung und Bildung von Kindern für ihre Entwicklung erkennen. Noch bevor die Bundesregierung die finanzielle Unterstützung in Millionenhöhe mit ihren aktuellen Konjunkturprogrammen zusicherte, hat Frankfurt die Ausgaben in diesem Feld spürbar erhöht.

Immer mehr determiniert die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben den Kinderwunsch. Das Thema Kinderbetreuung ist daher einer der Schwerpunkte des städtischen Haushaltes. Den Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze wird Frankfurt zeitnah erfüllen: Die Stadt baut das Platzangebot für Kinder unter drei Jahren mit 900 neuen Plätzen 2009 und je 1.100 Plätzen von 2010 bis 2012 deutlich aus. In

Fortbildungsverbandes mit 1,5 Millionen Euro bis 2012.

Zu Beginn des Jahres 2008 hat die Stadt den Eigenbetrieb „Städtische Kitas Frankfurt“ gegründet, in dem sie die 130 städtischen Kindertageseinrichtungen und 10 städtische Krippen zusammenführte. Damit gewährleistet sie ein umfassendes Bildungs- und Betreuungsangebot bis zur Einschulung und einer eventuell erforderlichen Hortbetreuung aus einer Hand. Waren die bisherigen Angebote nach sozial- und bildungspolitischen Aufgabenstellungen getrennt, wird nun durch den Eigenbetrieb ein ganzheitliches Bildungsverständnis unterstützt. Die Aufwendungen für dieses höherwertige Angebot überträgt die Stadt nicht auf die Familien. Im Gegenteil: Im Wissen um steigende Lebenshaltungskosten, gewachsene Ansprüche an Erziehung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie reduziert sie die Eltermentgelte. Statt 373 Euro müssen Eltern nun monatlich 198 Euro für einen Ganztagsplatz ihrer Kinder unter drei Jahren zahlen. Außerdem entlastet die Stadt die Eltern, indem sie die Geschwisterermäßigung auf die Kindertagespflege und nichtstädtische Tageseinrichtungen erweitert. Allein diese reduzierten Eltermentgelte belaufen sich bis 2012 auf rund 30 Millionen Euro.

Arbeitsmarktchancen verbessern

Diese Maßnahmen sind die Voraussetzung für einen leichten Übergang zur Schule. Die Mainmetropole setzt auf eine breite Schullandschaft, damit Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert und optimal auf das Berufsleben vorbereitet werden. Dies sieht die Stadtspitze durch eine dreigliedrige Schullandschaft mit einem analogen Angebot an kooperativen und in-

CORPORATE BANKING
CAPITAL MARKETS
ASSET MANAGEMENT
PRIVATE BANKING

Gute Lösungen haben Viele. Wir haben die passenden für die Öffentliche Hand.

Vertrauen Sie auf einen Partner, der Ihre Sprache spricht. Denn wir kennen die wachsenden Herausforderungen für die Öffentliche Hand und deren Unternehmen. Dank unseres hoch spezialisierten, in einem eigenen Geschäftsbereich konzentrierten Know-hows. Ob Haushaltsentlastung, Finanzierung oder Anlage von Geldmitteln: Mit tiefem Verständnis für die Aufgaben und Anforderungen der Öffentlichen Hand entwickeln wir gemeinsam mit Ihnen nachhaltige Finanzlösungen und verschaffen Ihnen finanziellen Spielraum.

Sie möchten uns persönlich kennenlernen? Rufen Sie uns an (0800-0003213) oder besuchen Sie uns auf www.westlb.de/oeffentliche-kunden

PARTNER DER SPARKASSEN

INHALT	
Auf dem Weg zur Familienstadt	S. S-1
Frankfurt investiert in ganzheitliche Bildung und Betreuung – Eigenbetrieb Kindergärten gegründet	
Ulmer Bildungsoffensive	S. S-2
Ulm investiert massiv in den Ausbau des kommunalen Betreuungs- und Bildungsangebots	
„Kein Kind ohne Mahlzeit“	S. S-3
Recklinghausen steuert die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen und Kitas zentral	
Kulturelle Grundversorgung sichern	S. S-4
Volkshochschulen und Stadtbüchereien unter Konsolidierungsdruck – Krefeld Benchmark in NRW	

Schwerpunkt: Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen

Ulmer Bildungsoffensive

Ulm investiert massiv in den Ausbau des kommunalen Betreuungs- und Bildungsangebots

Die Stadt Ulm betrachtet Bildung als einen entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Im Rahmen eines über zwölf Jahre angelegten Programms sollen bis 2012 insgesamt 120 Millionen Euro in den Bildungssektor fließen. Der Ulmer Weg ist als Qualitätsoffensive angelegt und soll mehr Chancengerechtigkeit mittels individuell zugeschnittener Bildungsangebote schaffen.

Von Sabine Mayer-Dölle

Für die Stadt Ulm besitzt das Thema Bildung den Stellenwert eines strategischen Politikfelds. Die Geburtsstadt Albert Einsteins definiert sich als Kompetenz- und Wissenschaftsstadt. Ulm mit seinen 120.000 Einwohnern ist seit 1960 Hochschulstandort. Über 7.000 Studierende besuchen die Universität Ulm. Mehr als 3.000 sind darüber hinaus an der Hochschule Ulm, einer Fachhochschule für ingenieurwissenschaftliche Berufe, eingeschrieben.

Die entscheidenden Weichenstellungen für den Bildungsstand einer Gesellschaft werden aber nicht auf der Ebene der Hochschulpolitik getroffen. Vielmehr ist es das Betreuungs- und Bildungsangebot im Kleinkind- und Schulkindalter, das für den Bildungserfolg maßgeblich ist. Bildungspolitik ist deshalb in erster Linie Kommunalpolitik. Dieser Tatsache trägt die Stadt Ulm seit geraumer Zeit verstärkt Rechnung: Im Jahr 2000, dem Jahr des Pisa-Schocks, hat die Stadt an der Donau eine Bildungsoffensive gestartet und seitdem

70 Millionen Euro in den Ausbau des kommunalen Bildungswesens gesteckt. Bis 2012 sollen weitere 50 Millionen Euro in diesen Bereich fließen. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag in den ersten Jahren auf Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Diese Investitionen wurden mit 30 Prozent von Bund und Land bezuschusst und erstreckten sich im Wesentlichen auf die Sanierung und den Neubau von Kindertagesstätten und Schulen.

In jüngster Zeit hat die Ulmer Bildungsoffensive allerdings einen etwas anderen Akzent erhalten, denn was wäre eine gute Hardware ohne die passende Software? Aus einem ambitionierten Investitionsprogramm hat sich allmählich eine Qualitätsoffensive in Sachen Chancengerechtigkeit mittels Bildung entwickelt. Der demographische Wandel, der sich seit den frühen siebziger Jahren durch geringe Geburtenraten charakterisiert, hat einen Mangel an qualifizierten Fachkräften und Akademikern zur Folge. Bildungsferne Schichten, oft mit Migrationshintergrund, können diese Lücke nicht schließen. Hier sind die Kommunen gefordert, radikal zuzudenken.

Standortfaktor Bildung

Die Bildungsoffensive der Stadt Ulm zielt darauf ab, dass Pädagogen Kinder individuell fördern können. Zudem sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren können. Gute Betreuungs- und Bildungsangebote sind zu einem Wettbewerbs- und Standortfaktor der Städte geworden, im Ringen um Einwohner und In-

vestoren. Es ist längst nicht mehr die Rede von „Sozialromantik“ und „Familiengedöns“.

Eltern, Fachleute und Politiker sind sich einig, dass qualifizierte Betreuungsangebote nötig sind und Schule neu zu denken ist. Bei der Gestaltung des Angebots müssen das Kind, seine Eltern und die Lebenssituation im Mittelpunkt stehen. Die Praxis sah in der Vergangenheit vielfach anders aus. Kind und Eltern mussten sich allzu häufig der Struktur des Angebots anpassen. Hinzu kommen die Situation berufstätiger Eltern, die steigende Zahl Alleinerziehender und die zunehmende Armutsproblematik. Gerade Letzteres ist oft nicht nur ein materielles Problem, sondern häufig verbunden mit Bildungsferne und emotionaler Verwahrlosung. Hier sind Angebote gefragt, die von der Kindertagesstätte bis zum Übergang von der Schule in Beruf oder Studium eine ganzheitliche Bildungs- und Betreuungsbiographie ermöglichen, bei der individuelle Kompetenzen und Eigenverantwortung gefördert werden. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Verantwortung, bei der die Akteure der Kindertagesstätten, der Schule und der Jugendhilfe im Mittelpunkt des Handelns stehen. Das Denken in Zuständigkeiten gehört der Vergangenheit an. Bei der Gestaltung integrativer Bildungsansätze sind die Qualität frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung, Übergänge von der Kindertagesstätte in die Schule, der Wechsel nach der Grundschule, die Zahl der Wiederholer/Schulabbrecher und der Übergang von Schule in Beruf oder Studium wichtige Indikatoren.

Integrative Bildungsansätze

Das Konzept „Erfunden“ vom Ulmer Zentrum für Neurowissenschaften und Wissenstransfer gehört zu diesen integrativen Bildungsansätzen. Die Stadt Ulm unterstützt dieses Konzept, indem sie drei „Bildungshäuser 3 – 10“ eingerichtet hat. Vom dritten bis zum zehnten Lebensjahr lernen Kinder gemeinsam und werden individuell gefördert. Die starren Grenzen zwischen Kindergarten und Grundschule sind aufgehoben. Über eine Weiterentwicklung des Bildungshauskonzepts bis zum 16. Lebensjahr wird gerade nachgedacht. Derartige integrierte Ansätze und ihre Verknüpfung mit der städtischen Sozialarbeit, der Jugendhilfe, dem Sport und der kulturästhetischen Bildung sind der Schlüssel, um Kinder und Jugendliche in andere Lebenswelten zu führen. Die nächsten Schritte

der Ulmer Bildungsoffensive sind eine koordinierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Wir werden unseren Wohlstand einbüßen, wenn es uns nicht gelingt, in den Kindergärten und Schulen eine höhere Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu erreichen. Für die Kommunen stellt sich also nicht die Frage, ob wir es uns leisten können, so viel in Bildung zu investieren, sondern die Frage heißt, ob wir es uns leisten können, dies nicht zu tun.

Sabine Mayer-Dölle ist Bürgermeisterin der Stadt Ulm und zuständig für die Fachbereiche Kultur, Bildung und Soziales.
BM2@ulm.de

Für immer weniger Kinder und Jugendliche müssen Schulen unterhalten werden.

Alter in Jahren	Anzahl in Tausend		
	2007	2010	2020
Bevölkerung insgesamt, darunter	82218	81887	80057
unter 3	2051	1965	1932
3 bis 6	2142	2022	1956
6 bis 10	3079	2896	2624
10 bis 16	4854	4767	4032
16 bis 19	2805	2464	2194
19 bis 25	5850	5866	4947
gesamt unter 25	20780	20000	17685

Tabelle: Der Neue Kämmerer

Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© 2009 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied des KPMG-Netzwerks unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International, einer Genossenschaft schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Erfolg ist keine Frage des Zufalls,

sondern der richtigen Entscheidungen.

Privatisierungen können helfen, öffentliche Aufgaben effizienter zu erfüllen und Haushalte zu entlasten. KPMG analysiert mit Ihnen Einbindungsmöglichkeiten privater Partner und begleitet Sie bei der Vorbereitung und Umsetzung der Vorhaben. Profitieren Sie von unserem fundierten Know-how und der Erfahrung eines hierauf spezialisierten Teams. Für weitere Informationen: Dr. Steffen Wagner, T 069 9587-1507, steffenwagner@kpmg.com; Leif Zierz, T 069 9587-1559, lzierz@kpmg.com

www.kpmg.de

AUDIT ■ TAX ■ ADVISORY



Schwerpunkt: Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen

„Kein Kind ohne Mahlzeit“

Recklinghausen steuert die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen und Kitas zentral

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen steht oben auf der politischen Agenda. Die Stadt Recklinghausen hat bereits 21 Schulen mit Küchen und Mensen ausgestattet. Georg Möllers, Beigeordneter u.a. für Schule, spricht im Interview über den Aufbau und Betrieb einer effizienten Verpflegungsorganisation.



Georg Möllers ist Beigeordneter der Stadt Recklinghausen.

Insgesamt tragen wir die Verantwortung für ca. 40 Schulen und 13 städtische Kitas. Die 21 Grundschulen haben wir bereits mit Schulküchen und -mensen ausgestattet. Die Steuerung erfolgt über einen Betrieb gewerblicher Art (BgA). Verantwortlich ist der Fachbereich Schule und Sport. Wir nehmen die Ausschreibung vor, erarbeiten Leistungsverzeichnisse, stellen die notwendige Infrastruktur bereit, übernehmen die Qualitätskontrolle, die Vorbestellungen und Abrechnungen des Essens.

Welchen Vorteil bringt Ihnen die Betriebsform BgA?

Wir haben uns für die Betriebsform entschieden, weil die Stadt über diese umsatzsteuerpflichtige Einrichtung die Berechtigung zum Vorsteuerabzug für Investiv- und Unterhaltungsmaßnahmen hat. Im Hoheitsbereich wäre das nicht möglich.

Wer hat die Bauplanung übernommen? Konnten Sie dieses Großprojekt aus eigenen Kräften stemmen?

Ja, aber das war ein Kraftakt. Die Modul-Baukonzeption war ein Eigenwuchs, das die Hochbauverwaltung selbständig auf die Beine gestellt hat.

Inwiefern subventioniert die Stadt die Mittagsverpflegung?

Das Land und die Stadt subventionieren den Essenspreis für bedürftige Familien mit jährlich 200.000 Euro, wobei das Land 90.000 Euro und die Stadt 110.000 Euro zahlt. Das Motto lautet: kein Kind ohne Mahlzeit. Wir haben gestaffelte Preise für drei verschiedene Nutzergruppen: Kinder von ALG-II-Empfängern zahlen 1 Euro pro Essen, Grundschulkinder zahlen 2,12 Euro und Schüler an weiterführenden Schulen 2,60 Euro pro Essen. Die Stadt verwaltet die Abrechnung im Rahmen einer Gebührensatzung zentral über ein bargeldloses, internetbasiertes System.

Welche Qualitätsanforderungen haben Sie definiert?

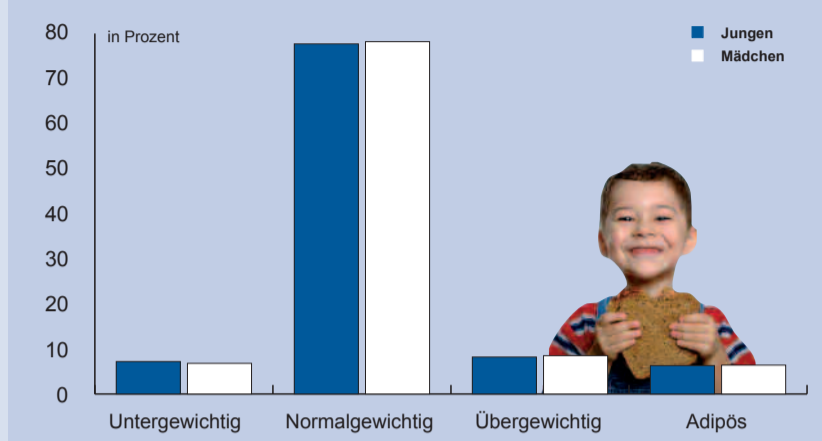
Bei der Essensauswahl halten wir uns an die Empfehlungen für kindgerechte Ernährung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE). Zudem erhält jedes Kind einen halben Liter Wasser täglich. Die Verträge mit dem Caterer beinhalten ein Leistungsverzeichnis, das Vorgaben zum Verpflegungssystem, zur altersgerechten Menüzusammenstellung, zur Herkunft und Qualität der eingesetzten Lebensmittel, zur Logistik, zu Personaleinsatz und Hygiene macht. Verwendet der Caterer z.B. Lebensmittel, die nicht zulässig sind, können wir von unserem Kündigungsrecht Gebrauch machen. Das war allerdings noch nie notwendig.

Wie stellen Sie eine konstant hohe Qualität sicher?

Über die Qualität des Essens gibt es regelmäßig Diskussionen, aber wir stellen sicher, dass wir immer vor Ort sind und uns eine eigene Meinung bilden können. Um das gewährleisten zu können, haben wir einen Qualitätszirkel aufgebaut, dem neben dem Caterer und der Stadt auch Lehrer, Erzieher und Eltern angehören. Ein Vertreter des Qualitätszirkels ist immer vor Ort. War der Reis also versalzen, wissen wir das im Schulverwaltungsamt eine Stunde später und können direkt mit dem Caterer Kontakt aufnehmen. Ein wichtiges Qualitätsmerkmal ist, dass der Caterer das Essen nicht nur zubereiten, sondern auch ausgeben muss.

Unabhängig vom Standort ist das Essen überall gleich. Auch das ist Teil der sozialen Verantwortung. Um das gewährleisten zu können, haben alle Satellitenküchen die

Körpergewicht von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (bewertet nach Body-Mass-Index)



Grafik: Der Neue Kämmerer
Datengrundlage: Robert-Koch-Institut

gleichen technischen Voraussetzungen. So kann das Personal zwischen den Standorten jederzeit ausgetauscht werden kann.

Arbeiten Sie auch mit ehrenamtlichen Hilfskräften?

Es gibt die Möglichkeit der ehrenamtlichen Mitarbeit. Das bedeutet, wir dienen dem Caterer engagierte Eltern an. Wir streben an, dass sie einen Arbeitsvertrag erhalten und den Lohn an die Schule abtreten. Das ist eine bessere Lösung, weil die hygienischen Standards unter professioneller Führung gewährleistet bleiben.

Wie zufrieden sind Schüler und Eltern mit dem Essen?

Die Geschmäcker sind sehr unterschiedlich. Bei Elternbefragungen gibt es innerhalb der Schulen, aber besonders je nach Standort und sozialem Umfeld Benotungen von sehr gut bis mangelhaft. Während an einem Standort die Eltern dankbar sind, dass ihnen die Organisation der Mittagsverpflegung abgenommen wird, beschwerten sich am anderen Standort die Eltern darüber, dass keine Biokost ausgeben wird. Insgesamt ergibt sich bei den Befragungen ein akzeptabler Durchschnittswert von 3,0.

Während Ihr pädagogisches Konzept die Mittagsverpflegung an den OGS verpflichtend für alle Kinder vorsieht, ist die Teilnahme am Mittagessen an den weiterführenden Schulen freiwillig. Wie viele Schüler nehmen dieses Angebot an?

Neben vier Ganztagsystemen (drei Gesamtschulen, eine Hauptschule) sind einige Gymnasien in einer Aufbauphase zur

Übermittagsbetreuung. Zurzeit liegt die Teilnahme stadtweit erst bei drei Prozent.

Wo sehen Sie in Recklinghausen noch Verbesserungspotential und Investitionsbedarf im Bereich der Schulverpflegung?

Der Ausbau der Mittagsverpflegung in den Schulen der Sekundarstufe I steht oben auf der Agenda. Wir haben für die Jahre 2009 und 2010 schon Pakete geschnürt, die aber nicht ausreichen werden. Jetzt wollen wir mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II den Ausbau so planen, wie er letztendlich sein sollte.

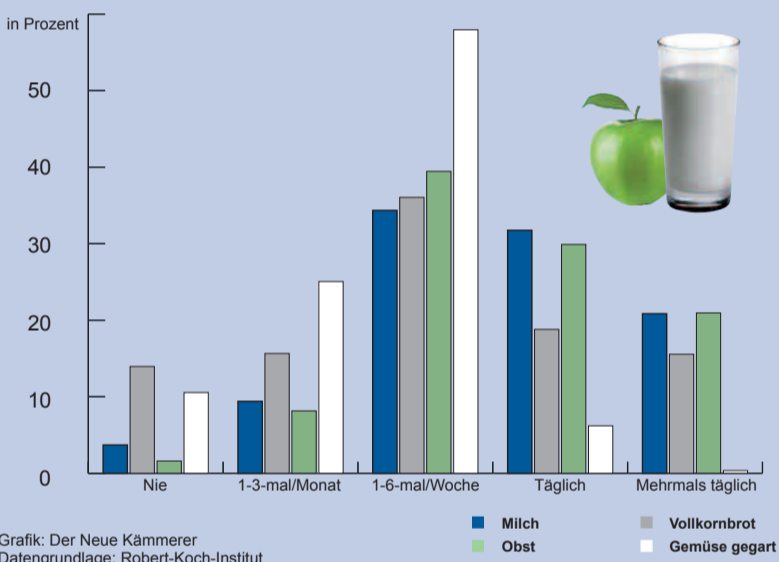
Aufgrund der bislang geringen Nachfrage wollen wir nicht das traditionelle Mensamodell umsetzen, sondern prüfen Alternativen. Wir wollen uns der Nachfrage älterer Jugendlicher anpassen und denken daran, ein Bistromodell umzusetzen. In diese Pläne beziehen wir Schüler mit ein. Zudem haben wir eine Schülerfirma gegründet, die sich beispielsweise um einen Außengastronomiebereich kümmern soll. Wir wollen an den Schulen schon bis zum nächsten Sommer Tische, Stühle und Sonnenschirme für die Bewirtung auf dem Schulhof anbieten. Ein weiteres Projekt ist die Einrichtung einer zentralen Herstellungsküche. Hier wollen wir Schülern, die Probleme haben, einen Ausbildungsplatz auf dem regulären Arbeitsmarkt zu finden, eine Qualifizierungsmöglichkeit anbieten.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Vanessa Wilke.

v.wilke@derneuekaemmerer.de

So oft kommen gesunde Lebensmittel bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland auf den Tisch



Grafik: Der Neue Kämmerer
Datengrundlage: Robert-Koch-Institut

Kinder Pflicht. Damit geht einher, dass 1.800 Kinder mittags in den Schulen verpflegt werden müssen. Wir werden damit bald auf 500.000 Essen kommen; 2007 waren es noch 305.000 Essen.

Wie haben Sie die Mittagsverpflegung organisiert?

Die Schulverpflegung hat eine längere Geschichte in Recklinghausen. Auch vor der Einrichtung der OGS im Jahr 2004 gab es eine Schulverpflegung, die wir damals schon zentral organisiert haben. Allerdings gab es damals nur drei Gesamtschulen mit Schulmensen.

Der Betrieb erzielt einen Umsatz von 1,36 Millionen Euro jährlich.

Welche Investitionen waren erforderlich? Wie haben Sie diese finanziert?

Wir haben bislang 21 Grundschulen mit jeweils einer Küche für rund 35.000 Euro und einer Mensa für rund 10.000 Euro ausgestattet. Hinzu kamen 8,3 Millionen Euro Investitionen in Um- und Neubauten. Das Land hat diese Investitionen zu 90 Prozent gefördert. Nächster Kraftakt wird sein, elf Schulen der Sekundarstufe I auszustatten. Die Investitionskosten werden ähnlich hoch ausfallen.

Kommunale Lohnabrechnung geht auch

GÜNSTIGER

arbeiten Sie mit der Lohn-Software von DATEV. Denn sie vereinfacht die Abläufe, senkt die Kosten und eröffnet neue Möglichkeiten.

Die DATEV-Software für die Lohnabrechnung entspricht genau den Bedürfnissen von Kommunen und kommunalen Einrichtungen. Dabei profitieren Sie gleich mehrfach: zum Beispiel von der schnellen Bearbeitung über das DATEV-Rechenzentrum. Oder Sie reduzieren den Aufwand durch Probeabrechnungen, einfache Korrekturmöglichkeiten und elektronische Archivierung. Ein weiteres Plus: Durch unsere zentrale Aktualisierung ist die Software ganz automatisch immer auf dem neuesten Stand. Und das Preis-Leistungs-Verhältnis kann sich sehen lassen. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.

www.datev.de/oeffentlicher-dienst



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Schwerpunkt: Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen

Kulturelle Grundversorgung sichern

Volkshochschulen und Stadtbüchereien unter Konsolidierungsdruck – Krefeld Benchmark in NRW

Kommunale Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen oder Stadtbüchereien stehen unter enormem Kostendruck. Auf die Zuschüsse ihrer Träger angewiesen, werden sie vielerorts Opfer kommunaler Sparzwänge – obwohl sie wichtige Bildungsaufgaben wahrnehmen und als Integrationsinstrument wirken. Fusionen oder eine Ausweitung ihres Angebots können ihr Überleben sichern.

Von Nadine Jakobs

Der Betrieb von öffentlichen Bildungseinrichtungen zählt zu den freiwilligen kommunalen Leistungen. Geraten Kommunen in finanzielle Schwierigkeiten, sind es oft Stadtbüchereien und Volkshochschulen, die die Liste möglicher Einsparpotentiale des städtischen Haushalts anführen. „Eine Stadtbücherei ist nicht kostendeckend zu betreiben“, sagt Roland Schneider, Kulturdezernent der Stadt Krefeld. Stadtbüchereien sind ein nahezu reines Zuschussgeschäft, und auch der Betrieb einer VHS wird zu durchschnittlich knapp 40 Prozent durch kommunale und Landesmittel finanziert (siehe Übersicht). Die Zahl der Bibliotheken besonders im ländlichen Raum geht deshalb stetig zurück, und viele Großstädte schließen Zweigstellen in Außenbezirken. Der Betrieb der beliebten Bücherbusse im ländlichen Raum wird vielerorts eingestellt. Auch die VHS kämpfen ums Überleben, und viele sehen die einzige Möglichkeit darin, das Programm zu verschlanken und Personal abzubauen. Bei

spiel Nordrhein-Westfalen: Dort wurden in den letzten Jahren die Zuschüsse von Länderseite gekürzt, gleichzeitig gab es 2006 einen Rückgang der Teilnehmerzahlen – die Kommunen mussten die fehlenden Mittel insbesondere für laufende Kosten ausgleichen.

Schließungspläne für solche Bildungseinrichtungen lösen aber meist heftige Debatten zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung aus. Zwar gibt es auch private Bildungseinrichtungen, die z.B. wie die VHS Bildungskurse in den Bereichen Musik oder Politik, Gesellschaft, Umwelt, Kultur, Gestalten, Sprachen, Arbeit und Beruf anbieten. Die öffentlichen Einrichtungen werden aber vielerorts als ein wichtiger Bestandteil des Kultur- und Bildungsangebotes einer Stadt angesehen.

Anders als private Anbieter kann die Stadt ihr Angebot gezielt steuern. Der Krefelder Kulturdezernent sieht in den Stadtbüchereien eine kulturelle Grundversorgung: „Neben der Kulturtechnik „Lesen“ in Büchern zählen auch die neuen Medien, Softwareprogramme und Internetarbeitsplätze zu einer solchen Grundversorgung dazu“, sagt Schneider.

„Der soziale Bildungsauftrag spielt bei Volkshochschulen eine große Rolle“, sagt Annett Hellwig von der Kreisvolkshochschule Saalekreis in Sachsen-Anhalt. „Kommunen können durch die VHS für alle Bevölkerungsschichten bezahlbare Bildung anbieten und auch bildungsfernen

Schichten mit besonderen Angeboten eine Teilnahme ermöglichen.“ Zudem wächst die Bedeutung der VHS als Integrationsinstrument: Nach den rückläufigen Zahlen bei den VHS gab es 2007 und 2008 wieder steigende Teilnehmerzahlen. „Das liegt vor allem an der großen Nachfrage nach Integrationskursen und Kursen für Schüler“, sagt Dr. Hansgeorg Rehbein, Leiter der VHS Krefeld.

Fusionieren statt schließen

Um die Bildungseinrichtungen vor der Schließung zu bewahren, erhöhen die Kommunen den Druck auf sie und fordern mehr Wirtschaftlichkeit. Um wirtschaftlicher zu agieren, kooperieren viele Kommunen mit Nachbarkommunen oder fusionieren ihre Bildungseinrichtungen gar. Fusionen im großen Stil führten kommunale Träger von VHS insbesondere im Zuge von Kreisgebietsreformen wie etwa in Sachsen-

Anhalt durch. Hier hat sich durch die beiden Reformen in den Jahren 1994 und 2007 die Anzahl der Volkshochschulen von ehemals 41 auf nun 16 verringert. Das Angebot der einzelnen VHS wurde zusammengeführt und dadurch gestärkt. „Wenn die VHS die Landkreise entlasten wollen, müssen sie sich mit attraktiven Angeboten auf dem Bildungsmarkt bewegen“, sagt Hellwig. Durch die Zusammenlegung kann nun mancherorts die eher geringe Nachfrage in einigen ländlichen Gebieten aufgefangen werden. „Wir haben nun die

Chance, die Kurse besser auszulasten“, sagt Hellwig. „Zudem können durch größere Einheiten die Ertrags- und Kostenstrukturen effizienter gestaltet werden“, sagt Uwe Jahns vom Verband der Volkshochschulen Sachsen-Anhalt. In Sachsen steht nach der anstehenden Kreisgebietsreform eine ebensolche Fusionswelle bevor.

Die gleiche Strategie verfolgen bundesweit auch die Stadtbüchereien. Viele kleinere Kommunen haben ihre Büchereien zusammengelegt: So können sie den Nutzern eine größere Auswahl an Büchern oder längere Öffnungszeiten bei gleichzeitig reduzierten Personal- und Sachkosten bieten.

Doch auch darüber hinaus werden Strategien zu mehr Wirtschaftlichkeit gesucht. Wie in anderen Bereichen des Haushaltsmanagements üblich, gründeten kommunale Verbände Vergleichsringe, um den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Bildungseinrichtungen mit anderen Kommunen zu messen und sich Anregungen einzuholen, wo Spar- und Konsolidierungspotential liegt.

Qualität schwer messbar

Einen solchen Vergleich hat auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW unter allen kreisfreien Städten im Jahr 2008 durchgeführt und die Wirtschaftlichkeit von VHS und Stadtbüchereien geprüft. Gemäß dieser Analyse setzt die Stadt Krefeld nun eine Benchmark: VHS und Stadtbücherei der Stadt Krefeld arbeiten wirtschaftlicher als jede andere dieser Einrichtungen in NRW. Gerade einmal 64 Cent beträgt der Zuschussbedarf der Stadt an die VHS pro Einwohner. Im Vergleich: Der Höchstsatz liegt bei 8,60 Euro pro Einwohner. Für die Stadtbücherei gibt die Stadt Krefeld jährlich pro Einwohner 5,58 Euro aus. Der Spitzensatz liegt hier bei 13,95 Euro. Doch Analysen wie diese sind oft umstritten, sie gehen vielen Städten nicht weit genug. Die Stadtspitze Krefelds bewertet die Auszeichnung durch die Gemeindeprüfungsanstalt denn auch differenziert. „Die Zahl sagt zunächst einmal nichts über die Qualität unseres Angebots aus“, sagt Rehbein von der VHS Krefeld. Krefelds Kulturdezernent stimmt mit seinem Kollegen überein und ist in punkto Stadtbücherei nur bedingt stolz auf die Spitzenposition. „Wir führen diese Statistik an, weil wir bezogen auf Ausleihen, Medienbestände und Nutzer die geringste Personaldecke haben. Das bedeutet in der Praxis, dass unsere Mitarbeiter viele Überstunden leisten müssen“, sagt Schneider. Die geringe Personalausstattung bedeutet außerdem, dass Krefeld im Vergleich der Öffnungszeiten mit anderen Großstädten nicht optimal aufgestellt ist.

Daran will die Stadt nun arbeiten. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten investierte Krefeld kräftig in die Qualität der Stadtbücherei und baute ein neues Gebäude für 12 Millionen Euro. Die neue „Mediothek“ verfügt über moderne Lese- und Seminarräume, Internetarbeitsplätze und einen Innenhof mit Platz für literarische und andere kulturelle Veranstaltungen. Durch den Neubau kann die Stadt nun laufende Kosten senken und das Angebot erweitern: „Wir haben hier ein vollautomatisches Rückgabesystem über Scanner eingeführt, durch das wir Personal einsparen. Zudem wollen wir das Entleihsystem digitalisieren“, sagt der Krefelder Kulturdezernent Schneider. Dies setze Personalkapazitäten frei und ermögliche erweiterte Öffnungszeiten.

Wichtig ist für den Kulturdezernenten die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen bei den Stadtbüchereien: „Das Kirchturmdenken muss auch in diesem Bereich überwunden werden.“ Daher erarbeitet Krefeld mit Neuss und Mönchengladbach eine gemeinsame Zielgruppenansprache und kauft etwa auch gemeinsame Technik ein. „Die Städte entwickeln damit gemeinsam eine besonders nachhaltige Kulturpolitik“, sagt Schneider.

Mehr Kurse, mehr Einnahmen

Die VHS Krefeld setzt ebenfalls auf eine Zusammenarbeit mit anderen Städten und schloss vor drei Jahren eine Kooperationsvereinbarung mit einer Nachbarkommune. Schon damals lastete ein immenser Kon-



Die neue Stadtbücherei in Krefeld, die „Mediothek“, hat ein vollautomatisches Rückgabesystem über Scanner. Dies spart Personal ein.

solidierungsdruck auf der VHS. „Von Schließung oder Abbau war jedoch nie die Rede“, sagt Rehbein. Die Strategie vieler Kommunen, die Ausgaben zu senken, indem Personal und Kurse abgebaut werden, ist für ihn zu kurz gedacht. „Wir versuchen zwar auch, die Ausgaben zu senken, aber gleichzeitig die Einnahmen zu erhöhen. Das geht nur mit einem attraktiven Programm“, sagt er.

Kurse finden aber nur statt, wenn sie mindestens honorarkostendeckend arbeiten können. Das bedeutet: Wird die kritische Teilnehmerzahl nicht erreicht, spricht die VHS die bereits angemeldeten Bürger an, ob sie auch bereit wären, mehr zu zahlen, damit der Kurs stattfinden kann. „Das zahlt sich nicht nur finanziell aus, sondern ist auch positiv in Sachen Kunden- und Dozentenbindung“, sagt der Leiter der Krefelder VHS. Mit Politik und Verwaltungsvorstand hat die VHS zudem eine Leistungskennzahl in Bezug auf die Anzahl der Kursstunden vereinbart.

Die Einnahmen kann die VHS Krefeld zudem durch Drittmittelförderung erhöhen. So bietet sie etwa verstärkt Kurse zur Integrationsförderung und zur Qualifizierung von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen an. „Wir kooperieren hier eng mit der Stadt, um entsprechende Angebote zu planen.“ Die Anzahl der Kurse kann die VHS durch all diese Maßnahme stetig erhöhen und insgesamt rund 1.500 Kurse in diesem Jahr durchführen.

n.jakobs@derneuekaemmerer.de

newsletter ppp privatisierung pfi

Die öffentlichen Kassen sind leer, dringend notwendige Investitionen werden zunehmend aufgeschoben. Um den Investitionsstau aufzulösen, müssen die Kommunen, die Länder und der Bund neue Wege gehen. Privatisierungen und Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen (Public Private Partnerships) können sinnvolle Auswege aus der Finanzierungsmissere sein. Der „P-Newsletter“, eine gemeinsame Publikation der Kanzlei CMS Hasche Sigle und des F.A.Z.-Instituts, informiert Sie zweimal pro Jahr aktuell und praxisbezogen über die Themen Public Private Partnership (PPP), Privatisierung und Private Finance Initiative (PFI). Experten zeigen, welche aktuellen Rechtsänderungen für Sie relevant sind. Ausführliche Hintergrundberichte informieren Sie darüber, worauf Sie bei öffentlich-privaten Kooperationen achten sollten. Und nicht zuletzt berichten Praktiker, wie sie Herausforderungen im Zusammenhang mit Privatisierungen, PPP und PFI bewältigt haben.

Aus dem Inhalt:

- Interview mit Finanzminister Rainer Speer über PPP-Pilotprojekte des Landes Brandenburg
- Erstes Strahlentherapiezentrum in Kiel
- Partnerschaften Deutschland: 82 Kommunen und 10 Länder beteiligt

CMS Hasche Sigle
Rechtsanwälte Steuerberater

F.A.Z.-INSTITUT
FÜR MANAGEMENT-, MARKT- UND MEDIENINFORMATIONEN GMBH



Herausgegeben von CMS Hasche Sigle in Kooperation mit dem F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, 12 Seiten (deutsch – englisch).

Sie möchten zukünftig den kostenlosen Newsletter erhalten?

Bestellung per Fax an: (0 69) 75 91-24 95
Bestellung per E-Mail an: p-newsletter@faz-institut.de

Name, Vorname _____

Unternehmen, Abteilung _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon, Fax _____

E-Mail _____

F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH
Mainzer Landstraße 199, 60326 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 75 91-12 42, Telex: (0 69) 75 91-19 66
E-Mail: p-newsletter@faz-institut.de, www.faz-institut.de